



Aurich 26.5. 2014

### **KVHS und UEK: Landrat Weber ist Teil des Problems Grüne wollen Kommunalaufsicht einschalten**

Zum Umgang mit dem Defizit der KVHS vom einer halben Million Euro und die damit verbundene Verschiebung der Sitzung des Betriebsausschusses stellt die Kreistagsfraktion folgendes fest:

Die Grünen zeigen Verständnis dafür, dass nötige Umstrukturierungen bei der KVHS Kalkulationen nach sich ziehen können, die die Verschiebung einer Sitzung, in diesem Fall des Betriebsausschusses durchaus begründen kann.

Kein Verständnis bringt die Fraktion allerdings dafür auf, wenn das nur als Vorwand benutzt wird, um vorab "auserwählte" Personen, wie den Beiratsvorsitzen Hinrich Röben (SPD), über das konkrete Zahlenwerk detailliert zu informieren und diese sich dann öffentlich, im Dienste des Landrates, verharmlosend darüber auslassen.

Aus Sicht der Grünen zeigt das zum wiederholten Mal das inakzeptable Verhalten gegenüber den Abgeordneten und das fehlende Problembewusstsein angesichts der finanziellen Belastungen, die auf den Haushalt zukommen. Der unbeschwerte Umgang mit den Defiziten bei der KVHS, bei denen Geld keine Rolle zu spielen scheint, findet nach demselben Muster statt wie bei der millionenschweren Unterdeckung bei der UEK. "Für uns lässt das ernsthafte lösungsorientierte Strategie vermissen. Eher ist der Landrat Teil des Problems," so die Grünen.

Dazu passt auch, dass turnusmäßige Sitzungen immer häufiger ausfallen und nur durch wiederholtes Einfordern seitens der Abgeordneten stattfinden. So ignoriert LR Weber auch seit langem die mündlichen und schriftlichen Aufforderungen der Grünen nach einer gemeinsamen Sitzung von Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung der UEK.

Wenn der Landkreis Aurich den Anspruch erhebt, sich mit seinen Einrichtungen wirtschaftlich aufzustellen, gehört auch dazu, dass ein ständiger Überblick über die Soll/ Ist- Situation der Finanzen jederzeit nachvollziehbar zur Verfügung steht und zwar für alle Abgeordneten gleichzeitig. Ein Lex Landkreis, wie sie Landrat Weber immer häufiger praktiziert, indem Abgeordnete an dem Zugang zu Informationen gehindert werden, sind die Grünen nicht mehr bereit zu tolerieren und werden die Kommunalaufsicht zur Überprüfung dieser Geschäftsgebaren um Überprüfung bitten. Darüber hinaus sieht die Grüne Fraktion im Kreistag die Aufstellung eines Nachtragshaushaltes für unbedingt notwendig an, da der aktuelle Haushalt durch die höheren Defizite und der Tarifsteigerungen bereits überholt ist.